

Stefan Flaig, 25.4.23

Manuskript Bürgerinformation „Gewerbepark Aichelberg“

Sehr verehrte Damen und Herren,

Sie haben bereits viele Argumente pro und contra zum geplanten Gewerbepark gehört: Es geht um Arbeitsplätze und Gemeindefinanzen, aber auch um **landwirtschaftliche Böden, Freiflächenschutz, Arten- und Klimaschutz**. Nicht nur hier in Aichelberg, sondern überall in der Republik.

Die eigentliche Frage ist: Entspricht diese Planung dem langfristigen Gemeinwohl oder auch den Klimaschutzgesetzen? Müssen wir das aus wirtschaftlichen Gründen akzeptieren oder geht es auch anders? Lassen Sie mich Ihnen dazu eine Frage stellen: Wer von Ihnen glaubt an **unendliches Wachstum**? Wer das realistischere NICHT tut, muss dringend für das notwendige Umsteuern der Wirtschaftspolitik eintreten – auch hier in Aichelberg.

Seit über 70 Jahren wirtschaften wir auf die gleiche Weise: Wir haben knappe Ressourcen wie Öl, Gas oder Ackerböden verbraucht und daraus Wachstum und Wohlstand geschaffen. Wie lange können wir das noch so machen? Wann sehen wir ein, dass die **Klimakrise**, das weltweite Insektensterben, die Flüchtlingskrise, ja selbst die Finanzkrise allesamt Folgen unseres westlichen Wirtschaftswachstums sind?

Selbstverständlich könnten Sie jetzt einwenden, dass die **13 Hektar bei Aichelberg** global gesehen keine Auswirkung haben. Das stimmt zwar, aber das sagen alle 1100 Kommunen in Baden-Württemberg – und alle in Deutschland und darüber hinaus.

Deutschland verursacht nur 2,4 Prozent der weltweiten Treibhausgas-Emissionen, Indien mehr als das Doppelte. Doch PRO KOPF sind wir ganz vorne mit dabei, nämlich bei über 10 Tonnen im Jahr gegenüber mickrigen 1,7 Tonnen z.B. der Inder. Das zeigt die Wirkung des „Kleinviehs“. Und was tun wir, wenn die 1,4 Milliarden Inder darauf bestehen, dass sie ebenfalls unseren „Standard“ erreichen wollen? Mit welchem Recht können wir ihnen da widersprechen?

Nein, wir müssen bei uns umsteuern, und dieses Umsteuern beginnt auch bei jedem lokalen Gewerbegebiet in Deutschland, in Baden-Württemberg und im Landkreis, also auch hier in Aichelberg. Weil jedes weitere Gewerbegebiet ein klein wenig zu den genannten Krisen beiträgt. Auch die Vorhaben bei Mundelsheim, bei Schwieberdingen oder bei Korntal-Münchingen, um nur einige Planungen im

Kreis Ludwigsburg zu nennen. Alle Planungen in ganz Deutschland zusammen ergeben eben doch eine spürbare Verschlechterung unserer Lebensgrundlagen.

Arten- und Klimaschutz, Ressourcenschonung und die Bekämpfung von Fluchtursachen brauchen ein neues Wirtschaften, ein Postwachstumsmodell. Ein Beispiel aus dem Verkehr: Damit die Bundesregierung die Pariser Klimaverträge einhalten kann, muss z.B. der KFZ-Verkehr in Baden-Württemberg **um 70 Prozent** reduziert werden, wie anerkannte Wissenschaftler berechnet haben, selbst wenn nur noch E-Mobile auf der Straße wären.

Wir brauchen weniger Fahrzeuge, weniger Fahrten, weniger Kilometer. Damit müssen wir heute beginnen, um es bis 2050 zu schaffen. Jedes neue Gewerbegebiet – vor allem an Autobahnen – bewirkt das genaue Gegenteil! Für mich sind diese Gebietsplanungen auch eine Bankrotterklärung der regionalen Verkehrspolitik, das Gegenteil der **Verlagerung des Güterverkehrs** auf die Schiene.

Der Gewerbepark Aichelberg wird in jedem Fall ökologisch und volkswirtschaftlich schädlich sein, er kann nicht „nachhaltig“ oder „zukunftsfähig“ gestaltet werden, wie es in den Leitplanken heißt. Die „Null-Variante“, also kein Gewerbegebiet, ist die einzig nachhaltige Lösung!

Außerdem wird das Gewerbegebiet auch nicht gebraucht, denn es gibt im Kreis Göppingen laut der Untersuchung des IfSR ausreichend Gewerbeflächen für Handwerker und andere lokale Betriebe: insgesamt zwischen **24 und 38 Hektar**. Die Aktivierung scheitert fast immer an der sogenannten Verfügbarkeit, sprich die Eigentümer lassen die Flächen leer stehen, wollen aber auch nicht verkaufen. Das ist nicht hinnehmbar! Hier sollte die Politik endlich Änderungen angehen beim Steuerrecht oder zur Eigentumsverpflichtung. Aber auch ohne solche politischen Änderungen kann man viele dieser Baulücken und Brachflächen aktivieren, wenn man wirklich will.

„Neue“ Arbeitsplätze wird es ohnehin nicht geben, die werden meist vom alten Standort verlagert. Nichts anderes machen nämlich große Unternehmen: „Neu“-Ansiedlungen sind in der Regel bestehende Betriebe, die **verlagern** und dabei oft sogar Arbeitskräfte abbauen. Aus welchen Branchen sollen wirklich neue Arbeitsplätze auch herkommen? Vielleicht bei Herstellern von Wärmepumpen oder Windkraftanlagen.

Aber jedenfalls nicht aus der Autoindustrie mit den E-Mobilen. Da fallen unterm Strich ja Arbeitsplätze weg, weil in wenigen Jahren immer weniger Verbrenner gebaut werden. Das heißt: Keine Getriebe (Getrag LB), keine Kolben (Mahle Markgröningen), keine Luftfilter, keine Zündkerzen, keine Einspritzer, keine Auspuffanlagen für die Verbrenner mehr! Was passiert mit den **Werkshallen von Bosch** in Feuerbach, wenn die 4000 Mitarbeiter am common-rail-Diesel dort nicht mehr arbeiten?

Stehen die dann leer oder werden teure Wohnungen gebaut? Welche Nutzung ist für die riesigen Flächen des **Daimler-Motorenwerks** in Untertürkheim vorgesehen?

Die Wiederbelegung von leer stehenden oder untergenutzten Gewerbeflächen wäre ein Riesenzentral, findet aber überhaupt nicht statt. Nochmals das Beispiel Auto-Industrie, weil ja immer deren Transformation als Begründung herhalten muss: **Porsche** braucht anscheinend in Schwieberdingen mit zusätzlichen 17 Hektar ein paar Jahre lang doppelte Produktions- und Logistikflächen, um E-Mobile wie den Taycan und Verbrenner in Zuffenhausen gleichzeitig produzieren zu können. Doch selbst wenn das stimmt: Was ist danach? Was passiert mit den Logistikhallen und den Werkshallen von Porsche, wenn keine Verbrenner mehr produziert werden? Ich halte dieses Vorgehen für unverantwortlich gegenüber der Gesellschaft.

Lassen Sie mich für die derzeitige Gewerbeflächenplanung im Zuge der Transformation der Autoindustrie ein vielleicht besser verständliches Bild zeichnen: Stellen Sie sich vor, Sie müssen Ihr **Haus kernsanieren** – neue Heizung, neue Leitungen, Dämmung usw. Gleichzeitig müssen Sie aber ja irgendwo wohnen. Also beschließen Sie, ein ganz neues Haus reinzustellen, in das Sie vor der Sanierung einziehen.

Doch eigentlich brauchen Sie das alte Haus gar nicht mehr, lassen es also auch nicht sanieren. Das **leerstehende Haus** kostet Sie persönlich nur wenig, weil Sie die Verluste bei der Steuer geltend machen könnten. Andere brauchen es auch nicht, weil alle das Gleiche gemacht haben. Vielleicht neue Bewohner (sprich: Branchen) mit wirklich neuem Bedarf? Es gibt dann aber so viele alte Häuser, dass der zusätzliche Bedarf locker darin gedeckt werden kann. Und der Garten ist auch weitgehend weg.

Genau so soll die Transformation der Autoindustrie bei uns stattfinden: auf Kosten von immer mehr Freifläche und auf Kosten der Steuerzahler! Wäre es da nicht viel besser, wenn Sie Stockwerk für Stockwerk Ihres Hauses sanieren, immer so, dass Sie weiterhin dort wohnen können?

Die Region sagt uns: Die Wirtschaft der Region braucht dringend Flächen für **Logistik**. Ist das wirklich so? Ja, wenn man weiterhin auf business as usual macht, wenn man den zunehmenden Online-Handel auf der Straße abwickeln will, wenn einem der Klimawandel und der Artenschutz egal sind, wenn man den volkswirtschaftlichen Verlust nicht sehen will, dann muss das wohl so sein. Wenn man aber eine nachhaltige Entwicklung und die Einhaltung unserer gesetzlichen Ziele will, dann DARF man kein neues Gewerbegebiet realisieren.

Es braucht künftig eine kooperative, zumindest regionale Gewerbeflächenpolitik. Die unselige und für die Steuerzahler **teure Konkurrenz** der Kommunen muss aufhören. Seit Jahrzehnten findet in den Kommunen die immer gleiche Angebotsplanung für Gewerbeflächen statt.

Warum wurde und wird nicht eine echte Bedarfsplanung betrieben, indem z.B. Vorverträge mit den Unternehmen abgeschlossen wurden? Warum tun sich die Kommunen im Kreis nicht zusammen, um ihre bestehenden, aber noch freien Gewerbeflächen gemeinsam zu vermarkten? Lokale Betriebe müssen und wollen in der Nähe ihrer Kunden bleiben und brauchen selten wirklich große Flächen. Meist lassen sich solche Flächen mit ein wenig Aufwand im Bestand finden.

Es wird Zeit, dass wir in jeder Kommune – also auch in Aichelberg und Umgebung – damit anfangen, nicht mehr auf bloßes Flächenwachstum und ein „Weiter so“ zu setzen. Wenn der Gewerbepark kommt, was bleibt dann am Ende für Sie als BürgerInnen in Aichelberg? Verlust von Freifläche und Ackerböden, mehr Verkehr und ein wenig Gewerbesteuer, wenn überhaupt und sicher nicht in den nächsten Jahren. Aber eben kein Beitrag zu einer wirklich nachhaltigen Zukunft.

Nein, unsere künftige Entwicklung können wir nicht den betriebswirtschaftlich denkenden Unternehmen überlassen, weil dadurch existenzielle Fragen der ganzen Gesellschaft betroffen sind. Und die Politik darf sich auch nicht immer weiter nur als Dienstleister der Konzerne begreifen, sondern muss endlich steuernd eingreifen, am besten auch hier vor Ort in Aichelberg. Sie können beim Bürgerentscheid darauf Einfluss nehmen.

Es gilt das gesprochene Wort.